Beschluss Aufruf an die Bundesregierung: unnötige Castortransporte verhindern!

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.05.2025
Tagesordnungspunkt:	11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Angesichts der beeindruckenden Fortschritte bei der Energiewende, vor allem hier bei uns in NRW, in den letzten Jahren und einer sich immer weiter verschleppenden Endlagersuche in Deutschland zu horrenden Kosten, wirkt der aktuelle Beschluss unseres Nachbarlandes Belgien, den eigenen Atomausstieg wieder rückgängig zu machen, wie aus der Zeit gefallen.

Für uns GRÜNE in Nordrhein-Westfalen ist klar: Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder notwendig für das Erreichen der Klimaziele noch für die Sicherstellung der Energieversorgung. Vielmehr war die Nutzung der Atomkraft aufgrund der vielfältigen Risiken und Folgekosten von Anfang an ein gewaltiger Fehler.

In Nordrhein-Westfalen wird offensichtlich, dass der Atomausstieg mit dem Abschalten der letzten Atomkraftwerke im Jahr 2023 noch lange nicht beendet ist. Noch über viele Jahrzehnte hinweg werden verantwortungsvolle Entscheidungen bezüglich der atomaren Hinterlassenschaften getroffen und gesellschaftlich getragen werden müssen. In Nordrhein-Westfalen betrifft dies insbesondere den Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau, die trotz Atomausstieg weiterhin betrieben wird, das Zwischenlager in Ahaus, den Rückbau des THTR-300 in Hamm sowie den Umgang mit den Brennelementen aus dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich.

Im Forschungszentrum Jülich, liegen noch immer rund 300.000 Brennelementekugeln in 152 Castor-Behältern - ohne gültige Genehmigung. Die letzte Aufbewahrungsgenehmigung lief bereits 2013 aus. 2014 erließ die damalige Landesregierung die Anordnung, die Brennelemente unverzüglich zu entfernen – umgesetzt wurde sie bis heute nicht. Die JEN als Betreiberin des Forschungszentrums muss in Abstimmung mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) endlich eine klare Perspektive für eine genehmigungsfähige Lagerung in Jülich schaffen. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass die jetzige Landesregierung die Anordnung zurücknehmen kann.

Wir GRÜNE NRW lehnen die Verschiebung von Atommüll wie von Jülich nach Ahaus ab. Jetzt braucht es ein klares Signal der Bundesregierung für die sogenannte "Neubauoption", die bisher immer von den FDP- und SPD-geführten Ministerien blockiert wurde. Für uns GRÜNE NRW ist klar: Wir setzen uns gemeinsam mit der Landesregierung für die Durchsetzung unseres Koalitionsvertrages ein und treiben den Neubau am Standort Jülich voran, um unnötige Atomtransporte zu vermeiden.

Dazu haben die Landesregierung und Mona Neubaur als die zuständige Ministerin bereits Vorkehrungen geschaffen und entsprechende Haushaltsmittel zum Erwerb von Grundstücken eingestellt. Nach dem noch unter der Ampel getroffenen Beschluss des Haushaltsausschusses im Bundestag, die kostengünstigste Option zu bevorzugen, braucht es jetzt endlich einen freien Weg zum Erwerb der Grundstücke. Ansonsten steuert Nordrhein-Westfalen auf den größten

Atommülltransport in der Geschichte des Landes zu. Das darf nicht passieren! Die neue Bundesregierung hat das Geld für die Schaffung der Voraussetzungen für den Verbleib der Brennelemente in Jülich seit dem neuen Sondervermögen allemal.

Die Möglichkeit, ein Zwischenlager ausschließlich aus Landesmitteln zu realisieren, gab es nie und sie stand auch nie zur Debatte. Es liegt auch nicht in der Verantwortung des Landes, die Kosten für die Lagerung von Atommüll aus einer Forschungseinrichtung des Bundes alleinig zu tragen. Hinzu kommt, dass die dafür notwendigen hunderte von Millionen Euro im Landeshaushalt schlichtweg nicht verfügbar sind und, unter der Maßgabe der rigiden Schuldenbremse, zu weiteren schmerzhaften und nicht zu verantwortenden Einsparungen aller anderen Ressorts führen müssten.

Mit Blick auf das bundesweite Standortauswahlverfahren für ein atomares Endlager müssen wir davon ausgehen, dass wir besonders in NRW noch viele Jahrzehnte länger Verantwortung für die Zwischenlagerung von Atommüll übernehmen müssen als ursprünglich geplant. Dieser Verantwortung werden auch wir GRÜNE NRW nachkommen. Umso mehr fordern wir die Bundesregierung auf, ihrer finanziellen Verantwortung in dieser Frage ebenfalls nachzukommen.

Für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich braucht es nicht nur Geld und Grundstücke, sondern auch insbesondere eine atomrechtliche Genehmigung, die zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin nicht vorliegt. Ein entsprechendes Genehmigungsverfahren ist durch die zuständigen Stellen im Bund nicht einmal gestartet. Genauso wenig wie eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung für das bestehende Zwischenlager. Diese wäre aber die Voraussetzung für die Überbrückung der Lagerung bis zur Fertigstellung eines neuen Zwischenlagers. Auch für diese Genehmigung ist die Bundesebene mit dem zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zuständig.

Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wird leider immer wahrscheinlicher, dass das Genehmigungsverfahren zur Beförderung der Kernbrennstoffe von Jülich nach Ahaus, das seit dem Jahr 2010 bei dem dafür jetzt zuständigen BASE läuft, zeitnah mit einer Genehmigung abgeschlossen wird. Ein solcher Ausgang und die damit verbundenen jahrelangen CASTOR-Transporte – bis zu 152 Mal, fast 200 Kilometer mit allen damit verbundenen Gefahren und Risiken, wären für Nordrhein-Westfalen fatal.

Wir GRÜNE NRW fordern die Bundesregierung daher mit Nachdruck auf, gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung jetzt alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um die unnötigen und gefährlichen Atommülltransporte quer durch NRW zu verhindern und den Neubau eines genehmigungsfähigen Zwischenlagers in Jülich endlich zu ermöglichen.